Wie lange kann die "Militärzitrone" noch ohne Schaden für das Land ausgepresst werden?

Autor(en): **Stucky, Georg**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **164 (1998)**

Heft 2

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-65280

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Wie lange kann die «Militärzitrone» noch ohne Schaden für das Land ausgepresst werden?

Dr. iur. Georg Stucky, Nationalrat seit 1979

Dass in Zeiten verringerter äusserer Gefahren, die militärisch relevant sind, die Militärausgaben gedrosselt werden, ist etwas ganz Natürliches. Das geschah in der Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg sehr ausgeprägt – und mit den bekannten Folgen einer 1939 trotz verstärkter Anstrengungen im unmittelbaren Vorfeld des Zweiten Weltkrieges ungenügenden Rüstung der Armee. Nach der Wende im Osten 1989/90, insbesondere der Auflösung der Supermacht Sowjetunion, hat man sich hier wie andernorts beeilt, die Militärausgaben zu reduzieren. Wie gesagt: ganz natürlich. Die Frage, die sich jetzt der Schweiz stellt, ist nun aber die des Masses und der Begründung für die vom Bundesrat vorgesehene weitere Komprimierung der Militärausgaben. Denn das Militär hat real als einziger Aufgabenbereich des Bundes zwischen 1990 und 1998 (Voranschlag '98) die Ausgaben drastisch vermindert – um 28 Prozent! Die grössten Einsparungen wurden der Rüstung auferlegt, deren Realwert zwischen 1990 und 1998 um 38 Prozent geschrumpft ist.

Seit 1990 ist die Armee namentlich aufgrund einer umfassenden sicherheitspolitischen Neubeurteilung – siehe Bericht des Bundesrates vom 1. Oktober 1990 – reorganisiert und insbesondere wesentlich verkleinert worden. Der Personalbestand des EMD ist in der gleichen Zeitspanne von 19400 auf 16400 gesenkt worden. Das Militär hat sich also den veränderten sicherheitspolitischen Bedingungen beileibe angepasst, die vielbeschworene «Friedensdividende» ist ausgeschüttet worden. Wenn jetzt weitere finanzielle Abstriche bei diesem immerhin von der Verfassung und den natürlichen Funktionen eines jeden Staates her wesentlichen Aufgabenbereich – der Gewährleistung äusserer Sicherheit – vorgenommen werden sollen, müssen sie genau begründet werden. Denn man kann eine Armee, wie die Erfahrung lehrt, nicht verkümmern lassen und hoffen, sie schnell wieder aufbauen zu können, sollte man sie in fünf oder mehr Jahren halt doch brauchen. Was sich aufgrund des Stabilisierungsprogrammes des Bundesrates aber abzeichnet, ist genau das.

Das neue «Verteidigungsdepartement» (Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport) plant eine neue Armeeorganisation. Die Kommission Brunner wird Anfang 1998 einen Bericht erstatten. Darüber – und damit über die künftige Armee – soll nach dem Willen des Chefs des bisherigen EMD eine breite Diskussion geführt werden. Unter diesen Umständen ist es fragwürdig, wenn jetzt schon und unbekümmert um die beträchtlichen bisherigen Sparanstrengungen weitere finanzielle Präjudizen zum Nachteil der Armee geschaffen werden. Bis zum Jahr 2001 sollen der Armee weitere rund 900 Millionen Franken weggenommen werden. Damit hätte der Realwert der Militärausgaben zwischen 1990 und 2001 um 37 Prozent, der Wert der Rüstungsausgaben gar um 49 Prozent abgenommen. Derart massive Reduktionen der Militärfinanzen muss man von der Aufgabenstellung der Armee her rechtfertigen, bevor man sie vollstreckt. Das ist aber nicht der Fall: Der Bundesrat geht in dieser Frage den Weg des geringsten Widerstandes. Und das ist falsch. Und ebenso falsch ist es, wenn das bisherige EMD in einem **Akt vorauseilenden Gehorsams,** bevor das Parlament das Stabilisierungsprogramm des Bundesrates beraten und genehmigt hat, Parlamentsbeschlüsse betreffend die Rüstungsbeschaffung quasi «redimensioniert».

Es ist nun höchste Zeit, Ordnung in die Sache zu bringen, also Varianten der neuorganisierten Armee vorzulegen, deren Kosten zu ermitteln und «en connaissance de cause» zu entscheiden, wie die spätere Armee aussehen und was sie können soll. Zu einem in diesem Sinn ordentlichen Vorgehen gehört auch, dass man den Souverän einbezieht. Denn die SP hat eine Initiative auf Halbierung der Militärausgaben binnen zehn Jahren eingereicht. Über Initiativen entscheidet nicht der Bundesrat, sondern das Volk. Gegenwärtig ist der Bundesrat aber dabei, die Forderung der Initiative ohne Rücksicht auf den Volkswillen zu erfüllen. Und das geht nicht an. ■